



# Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem

**Hanspeter von Flüe**, Dr. phil. I / EMBA  
Vorsteher Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und  
Militär des Kantons Bern  
Mitglied der Studiengruppe Dienstpflichtsystem



# Auftrag

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 9. April 2014

*«Die Studiengruppe soll sich ganzheitlich mit dem Dienstpflichtsystem befassen. Dabei sollen verschiedene Möglichkeiten erarbeitet werden, um das Dienstpflichtsystem weiter zu entwickeln, und gestützt darauf sollen konkrete Verbesserungsvorschläge und Modelle abgeleitet werden.»*

Plus:

Bearbeitung von 10 Prüfaufträgen (Parlamentarische Vorstösse und Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+)



# Zusammensetzung der Studiengruppe

Bund	<ul style="list-style-type: none"><li>• VBS, Generalsekretariat, Bereich Sicherheitspolitik</li><li>• VBS, Departementsbereich Verteidigung</li><li>• VBS, Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS</li><li>• WBF, Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI</li><li>• EFD, Eidg. Steuerverwaltung, Wehrpflichtersatz</li><li>• EDI, Bundesamt für Sozialversicherungen BSV</li></ul>
Kantone	<ul style="list-style-type: none"><li>• Sicherheitsverbund Schweiz SVS</li><li>• Konferenz der Kantonsregierungen KdK</li><li>• Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD</li><li>• Regierungskonferenz Militär-Zivilschutz-Feuerwehr RK MZF</li><li>• Konferenz der Kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz KVMBZ</li><li>• Feuerwehr Koordination Schweiz FKS</li></ul>
Verbände / Organisationen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG</li><li>• Zivildienstverband CIVIVA</li><li>• Schweizerischer Feuerwehrverband SFV</li><li>• Schweizerischer Zivilschutzverband SZSV</li><li>• Schweizerisches Rotes Kreuz SRK</li></ul>



# Inhalt des Berichts

## 1. Einführung

Auftrag, Rahmenbedingungen, bisherige politische Diskussion, Verhältnis zu anderen laufenden Arbeiten

## 2. Gegenwärtiges Dienstpflichtsystem

## 3. Umfeld

Bedrohungen und Gefahren, Demografie, gesellschaftliche Entwicklungen, Entwicklungen im Gesundheitswesen

## 4. Grundfragen

Zweck, rechtliche Schranken, Wehrgerechtigkeit  
→ Fokus: Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems

## 5. Ergebnisse der zehn Prüfaufträge

→ Fokus: Optimierung des gegenwärtigen Dienstpflichtsystems

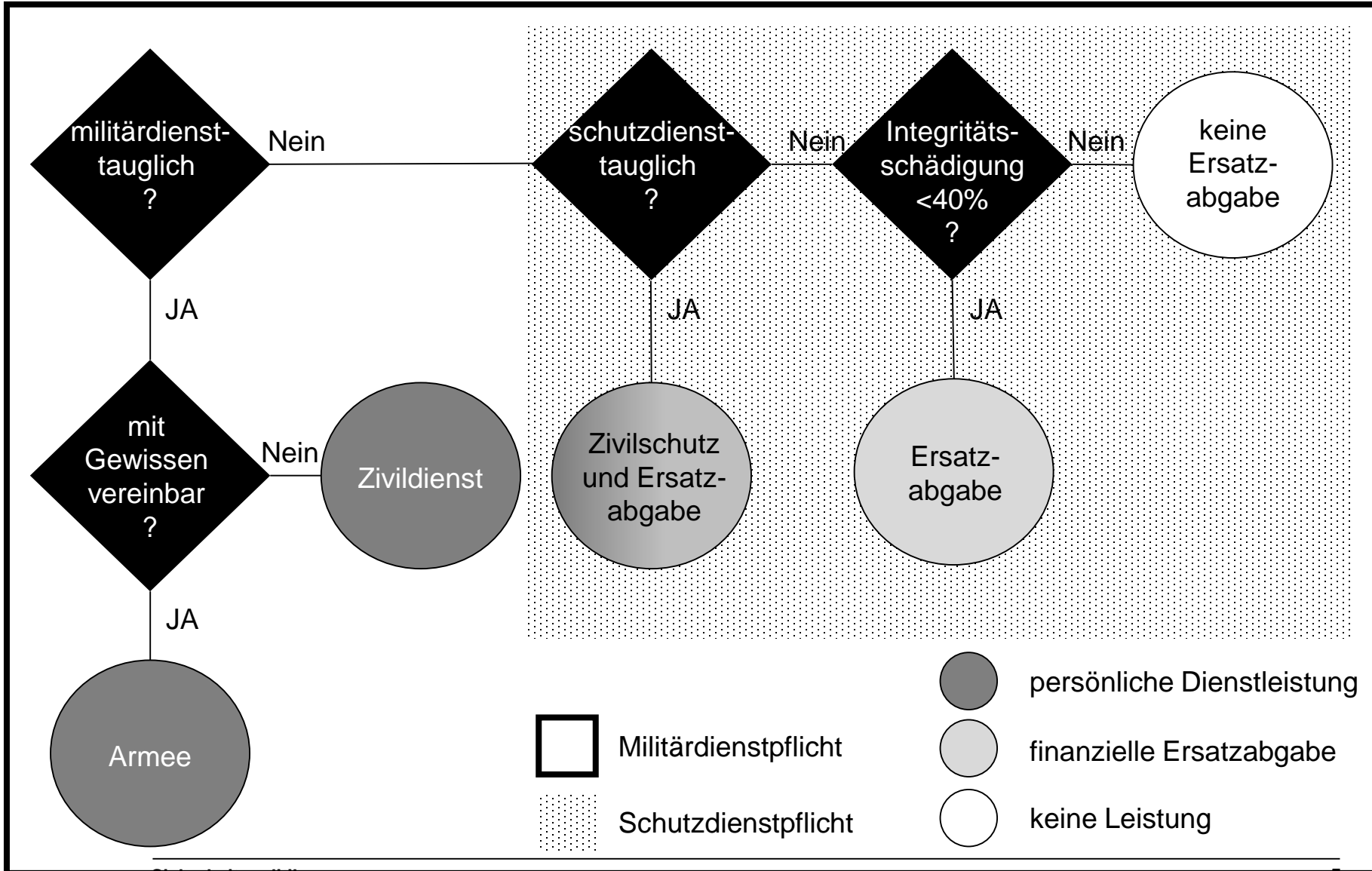
## 6. Vier Modelle: «Status quo plus», «Sicherheitsdienstpflicht», «norwegisches Modell», «Allgemeine Dienstpflicht»

→ Fokus: langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems

## 7. Anträge und Empfehlungen

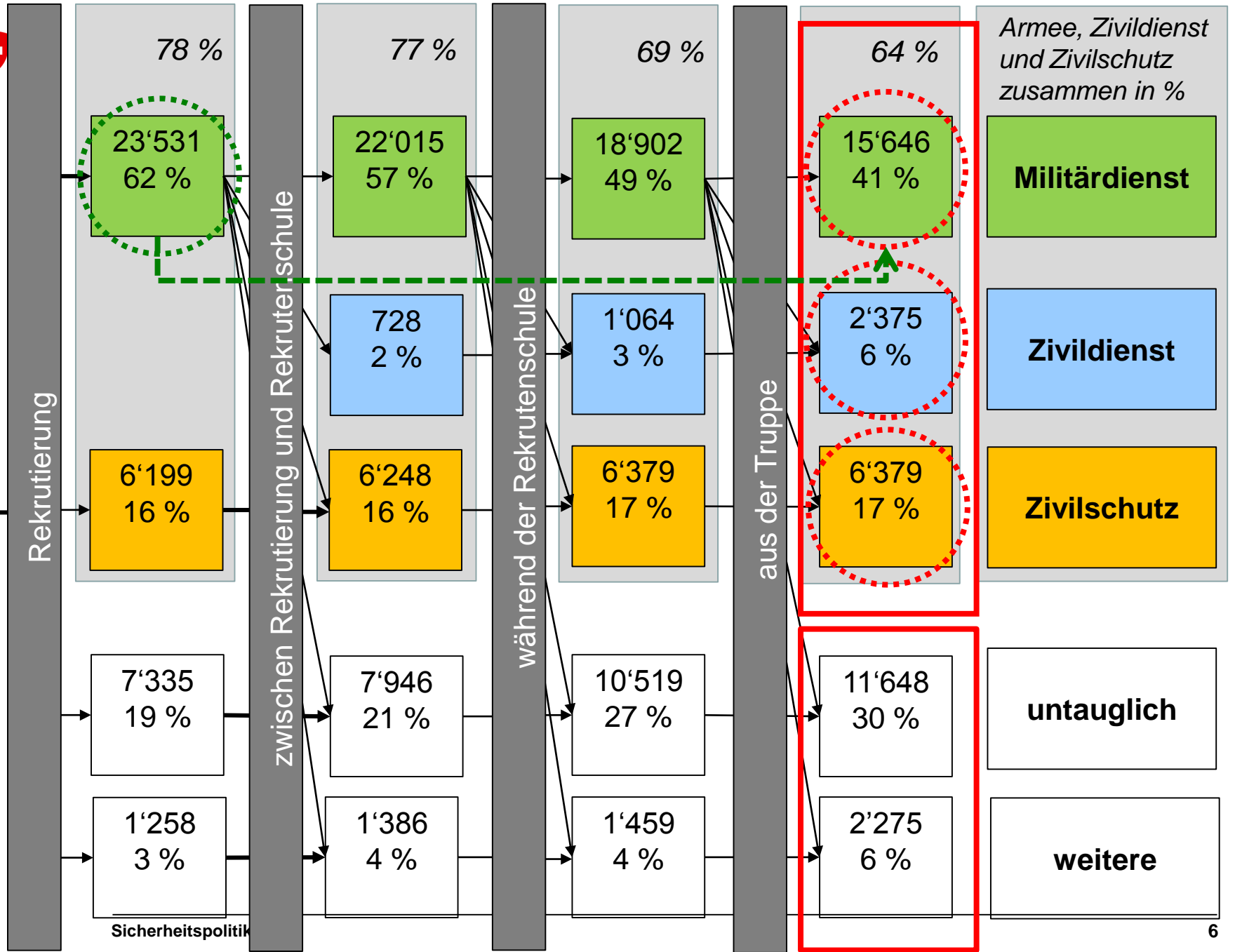


# Gegenwärtiges Dienstpflichtsystem





Jahrgang 1986: 38'323 Stellungspflichtige



Sicherheitspolitik



# Zulassungen zum Zivildienst in den letzten zehn Jahren

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Total Gesuche</b>											
	1657	1750	1741	1946	7223	7396	5800	6404	6561	7357	7519
<b>Verteilung der Einreichung in Prozent</b>											
<i>vor der RS</i>	<i>(keine Angaben vorhanden)</i>			39 %	*48 %	37 %	47 %	41 %	45 %	49 %	44 %
<i>während der RS</i>				20 %	*21 %	11 %	9 %	11 %	9 %	7 %	12 %
<i>nach der RS</i>				41 %	*27 %	52 %	44 %	48 %	46 %	44 %	44 %
<b>Total Zulassungen</b>											
	1382	1441	1463	1632	6720	6826	4670	5139	5423	5757	5836



# Schranken der Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems (Kap. 4.2)

- ➔ Artikel 59 und 61 der **Bundesverfassung** umreißen das Dienstpflichtsystem. Nachhaltige Veränderungen sind nur möglich, wenn diese Bestimmungen angepasst werden.
- ➔ Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht zu beliebigen Aufgaben verpflichten (**Zwangsarbeitsverbot**). In der Schweiz gültige Rechtsgrundlagen dazu:
  - Menschenrechtskonvention, EMRK
  - Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
  - Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Zwangs- oder PflichtarbeitAusgenommen sind *Militärdienst, Zivildienst, Schutzdienst*, «übliche Bürgerpflichten» (vgl. Feuerwehrdienstpflicht) sowie die «*Existenzsicherung*».
- ➔ Der Staat soll nicht mit der Arbeitsleistung von Pflichtigen den Arbeitsmarkt beeinflussen oder den Wettbewerb verfälschen (**Arbeitsmarkt- und Wettbewerbsneutralität**).



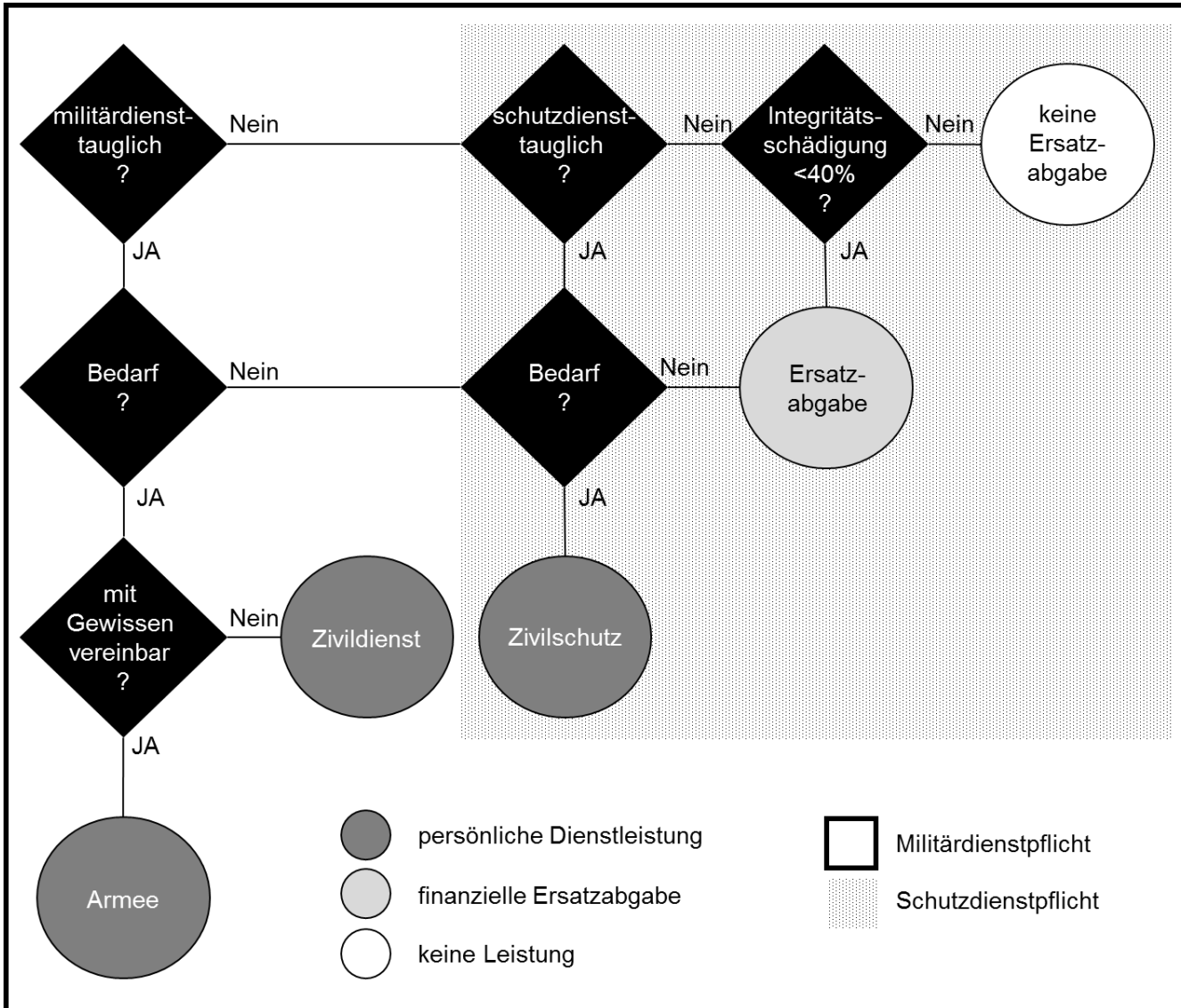


# Vorbemerkungen zu den Modellen

- keine grundlegenden Änderungen der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden angestrebt
- Beurteilung der Modelle nach drei Kriterien:
  - ob es *sicherheitspolitisch* sinnvoll ist (Stichworte sind Bedarf, Leistungsfähigkeit, Durchlässigkeit und Ressourcenzuteilung)
  - ob es *staatspolitisch* sinnvoll ist (dabei steht die Wehrgerechtigkeit im Vordergrund; weitere Stichworte sind Stärkung des Milizprinzips, Gleichberechtigung der Geschlechter, Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt)
  - ob es *wirtschaftlich* sinnvoll ist (Stichworte Effizienz, Einfachheit, Finanzierbarkeit). Bei allen Modellen sind die durch den Bundesrat formulierten Rahmenbedingungen zu beachten.



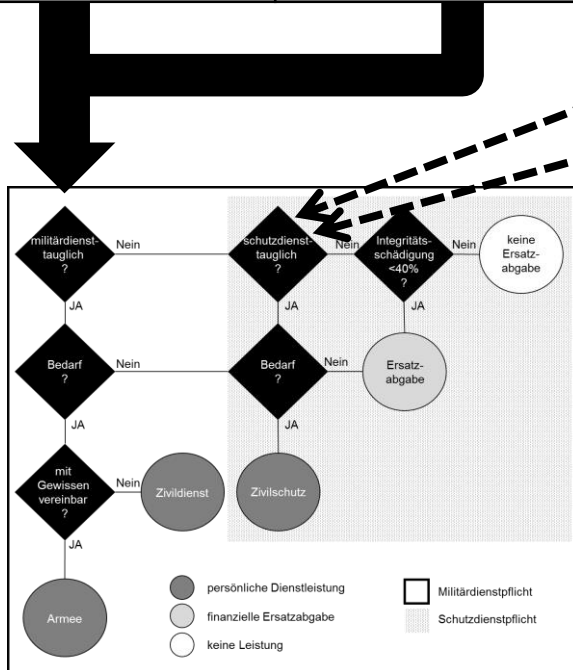
# Norwegisches Modell





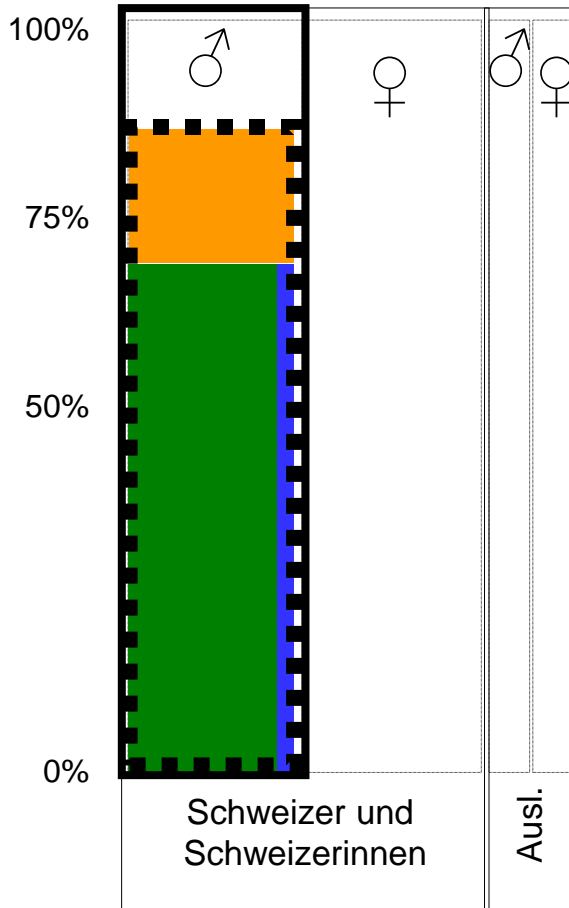
# Norwegisches Modell

Schweizer Männer	Schweizer Frauen	Ausländer (niedergelassene Männer mit ausländischer Staatsangehörigkeit)	Ausländerinnen (niedergelassene Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit)
dienstpflichtig	dienstpflichtig	freiwillig, nur Zivilschutz	freiwillig, nur Zivilschutz





# Modell «Status quo plus»

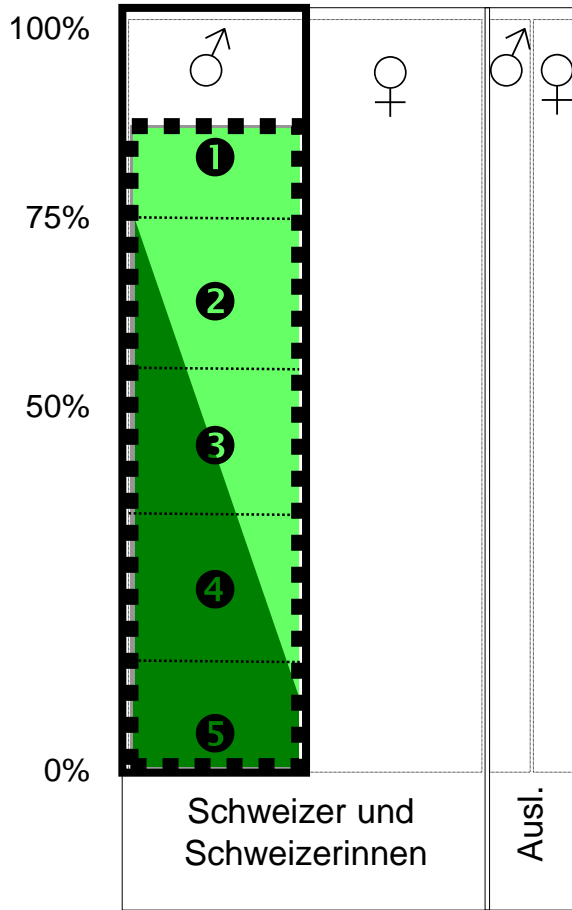


- leisten Dienst in der Armee
- leisten Dienst im Zivildienst
- leisten Dienst im Zivilschutz
- leisten Dienst im Katastrophenschutz
- leisten Gemeinschaftsdienst
- Dienstpflichtige
- Dienstleistende

Tauglichkeit + 5%  
Jährlicher Zuwachs: 32'600  
Gesamtbestand: 370'000

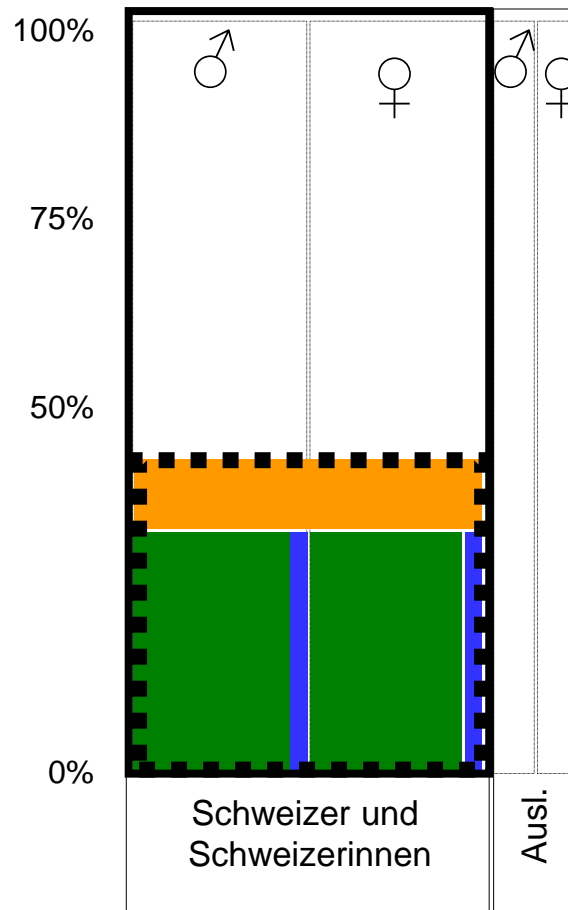


## Modell «Sicherheits- dienstpflicht»



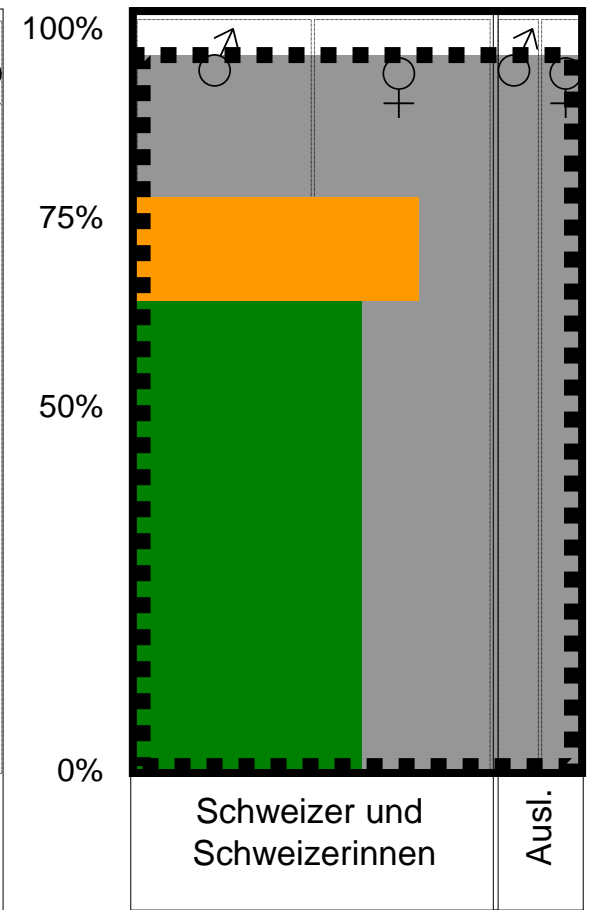
Tauglichkeit + 5%  
 Jährlicher Zuwachs: 33-35'000  
 Gesamtbestand: 376-400'000

## «norwegisches Modell»



Tauglichkeit wie bisher  
 Jährlicher Zuwachs: nach Bedarf  
 Gesamtbestand: nach Bedarf

## Modell «allgemeine Dienstpflicht»



Tauglichkeit + 15%  
 Jährlicher Zuwachs: 90'000  
 Gesamtbestand: 1-3,75 Mio.



# Schluss / Zusammenfassung

- ➔ keine zeitliche Dringlichkeit
- ➔ 13 Einzelmassnahmen zur Optimierung des bestehenden Systems
- ➔ Orientierung am Norwegischen Modell für die langfristige Weiterentwicklung
- ➔ Einführung der Dienstpflicht von Frauen aus Bedarfsgründen (langfristige Massnahmen)
- ➔ Die anderen geprüften Modelle, insbesondere das der vielfach geforderten allgemeinen Dienstpflicht, werden als nicht zweckmässig erachtet.

Bericht in elektronischer Form:

- Deutsch:  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-62555.html>
- Französisch:  
<https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques/communiqués-conseil-federal.msg-id-62555.html>



# Kontakt

Hanspeter von Flüe, Dr. phil. I / EMBA

Vorsteher Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär  
des Kantons Bern

Papiermühlestrasse 17v

3000 Bern 22

[hanspeter.vonfluee@pom.be.ch](mailto:hanspeter.vonfluee@pom.be.ch)